

Bangladesch am Scheideweg

Bringt die bevorstehende Wahl politische Stabilität nach Bangladesch?

A B M Hasanuzzaman & Aparajita Banerjee

German Institute of Development and Sustainability (IDOS)



Bonn, 9. Februar 2026. **Am 12. Februar 2026 wählt Bangladesch ein neues Parlament. Der Ausgang der Wahl ist entscheidend für die demokratische Legitimität und Stabilität der Institutionen des Landes, sowie für das Vertrauen der Öffentlichkeit in sein Regierungssystem.**

Seit Mitte 2024, als Studierendenproteste zum Sturz von Premierministerin Sheikh Hasina führten, lebt die Bevölkerung Bangladeschs in politischer Unsicherheit. Aktuell führt eine Übergangsregierung in Bangladesch die Geschäfte, doch Frieden und Stabilität lassen weiterhin auf sich warten. In den letzten 18 Monaten haben Unruhen den Alltag stark beeinträchtigt. Proteste, Angriffe auf Medienorganisationen und Störungen der Wirtschaftstätig-

keit halten an. Durch die Verschärfung der Sicherheitslage ist es zudem schwerer geworden, Täter*innen strafrechtlich zu verfolgen und zu verurteilen.

Auch die diplomatischen Beziehungen zu den Nachbarstaaten haben sich spürbar verändert. Das Verhältnis zu Indien, dem größten Nachbarn, ist angespannt, insbesondere seit Sheikh Hasina nach ihrem Sturz dort Zuflucht fand und die Übergangsregierung sich an Pakistan annäherte. Parallel dazu wurden die Beziehungen zu China intensiviert. Dies hat das Verhältnis zu Indien weiter belastet, zugleich aber dringend benötigte ausländische Investitionen ins Land gebracht. Eine demokratisch legitimierte Regierung ist nun entscheidend, um das Wirtschaftswachstum zu sichern und die komplexen Beziehungen zu den Nachbarländern zu steuern. Entsprechend groß ist das nationale wie internationale Interesse an den bevorstehenden Wahlen.

Herausforderungen für freie und faire Wahlen

Mehrere Faktoren mindern die Chance auf freie und faire Wahlen. Unklar ist weiterhin, ob die Behörden überhaupt über die Fähigkeiten verfügen, solche Wahlen durchzuführen. Zudem haben die Wähler*innen nur eingeschränkte Auswahlmöglichkeiten. Rund 30–35 % der Wählerschaft, die zuvor die Awami-Liga (AL) unterstützt hatten, haben derzeit keine politische Vertretung mehr, da die Partei von der Wahl ausgeschlossen ist. Sheikh Hasina floh auf dem Höhepunkt der Proteste nach Indien und wurde in Abwesenheit wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tode verurteilt. Dies verhindert auf unbestimmte Zeit ihre Rückkehr.

„Das nationale wie internationale Interesse an den bevorstehenden Wahlen ist groß.“

Die Wahlmöglichkeiten werden zusätzlich durch Bündnisse und Koalitionen zwischen den verbleibenden Parteien eingeschränkt. Umfragen deuten auf ein enges Rennen zwischen zwei Koalitionen hin, die von der Bangladesh National Party (BNP) und der Jamaat-e-Islami angeführt werden. Die von der BNP geführte Koalition vereint demokratische Parteien der politischen Mitte. Jamaat hingegen ist eine rechtsgerichtete islamistische Partei mit einer ausgeprägt religiösen Ideologie. Erstere betont Nationalismus, Wirtschaftsliberalismus, demokratische Regierungsführung und Reformen zur Korruptionsbekämpfung. Letztere stellt Steuersenkungen, den Ausbau der sozialen Infrastruktur, niedrigere Lebenshaltungskosten sowie bessere Gesundheitsversorgung, Bildung und Beschäftigung in den Mittelpunkt. Viele Studienführer*innen, die eine zentrale Rolle bei den Pro-

testen gegen Sheikh Hasina spielten, haben sich mit ihrer neu gegründeten National Citizen Party (NCP) der Jamaat-geführten Koalition angeschlossen. Durch dieses Bündnis hoffen sie, ihre reformorientierten Ideale mit Jamaats Reichweite zu verbinden und schwer erreichbare und nicht-urbane Wählergruppen zu mobilisieren. Die Koalition mit Jamaat legt nahe, dass sich innerhalb der NCP derzeit die islamistischen Strömungen durchgesetzt haben.

Sowohl Jamaat als auch die BNP haben eine problematische Vergangenheit. Die BNP ist für politische Gewalt und Korruption während ihrer Regierungszeit bekannt, und jüngste Auseinandersetzungen zwischen Parteimitgliedern haben erneut Zweifel an der innerparteilichen Disziplin geweckt. Jamaat wiederum steht trotz organisatorischer Geschlossenheit in der Kritik wegen ihrer früheren Unterstützung strenger islamischer Gesetze, ihrer konservativen Politik, kultureller Einschränkungen, problematischer Positionen zur Geschlechtergleichstellung sowie ihrer Ablehnung des Befreiungskrieges von Bangladesch 1971. All dies untergräbt ihre Glaubwürdigkeit bei Liberalen, Linksgerichteten und Minderheiten.

Unvorhersehbarkeit und Wechselwähler

Für viele der rund 40 Millionen Erstwähler*innen und ehemaligen Anhänger*innen der Awami-Liga stellt die aktuelle Lage ein Dilemma dar. Ihre Entscheidungen dürften sich eher an den verfügbaren Kandidat*innen als an politischen Überzeugungen orientieren. Das nährt die Sorge, dass die Wahl bloß ein demokratisches Verfahren ohne repräsentative Substanz sein könnte. Selbst bei formaler Einhaltung demokratischer Standards kann der Ausschluss einer großen politischen Partei zu einem erheblichen Repräsentationsdefizit führen. Mangels politischer Identifikation mit den Kandidat*innen oder glaubwürdiger Zusicherungen zu Transparenz und Sicherheit nach der Wahl könnten viele unentschlossene Wähler*innen die Abstimmung boykottieren.

Der Ausschluss politischer Parteien und eine niedrige Wahlbeteiligung können den politischen Wettbewerb in informelle und konfrontative Bahnen lenken. Das erhöht das Risiko von Unruhen, verstärkt die Logik der Nullsummenpolitik und schwächt das Vertrauen der Öffentlichkeit in demokratische Institutionen. Zugleich kann eine geringe Beteiligung internationale Zweifel an der Legitimität der künftigen Regierung nähren. Dies wiederum könnte zu einem zurückhaltenderen Engagement globaler Akteure führen, den diplomatischen Einfluss Bangladeschs schwächen und Reformen für den sozialen und wirtschaftlichen Aufschwung bremsen.